

Stell mal gleich!

Bei der Geschlechtergerechtigkeit hat die Große Koalition wenig erreicht. Seite 2



Nenn mich Olympia!

In Rio de Janeiro protestieren Schüler gegen den Bildungsnotstand. Seite 10

Foto: Reuters/Ricardo Moraes

Spiel den Anschlag!

Im Videogame GTA V spiegelt sich der aktuelle Terror. Seite 15



Foto: 123rf/kostsov

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 26. Juli 2016

71. Jahrgang/Nr. 173 Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Falsche Flucht

Uwe Kalbe über die Forderung, ein Auge auf Flüchtlinge zu haben

Wer wäre nicht gern vor bösen, gar terroristischen Überraschungen sicher, wenn er das Haus verlässt. Und auch die Angst ist verständlich, dass mit den Flüchtlingen, die zu uns gelangen, die Verwerfungen ihrer Biografien, der Krieg und Terror ihrer Herkunftsregionen hier wenigstens indirekt Einzug halten.

Doch die Überprüfung aller Flüchtlinge ist eine seltsame Forderung. CSU-Generalsekretär Scheuer erhebt sie nach dem Anschlag von Ansbach. Man sollte meinen, dass die Überprüfung jedes Flüchtlings Voraussetzung der Asylentscheidungen ist, deren Beschleunigung eine der Hauptantriebskräfte der Politik in den letzten Monaten war. Wenn das nicht stimmte, was sagte das über die Qualität der Behörden, der Bundesamt für Migration, was auch über die Abschiebung von Flüchtlingen?

Wenn CSU-Generalsekretär Scheuer hier Mängel sieht, sollte er sein ganzes politisches Gewicht auf deren Behebung legen. Und auch der Polizeigewerkschaft ist zuzustimmen. Flüchtlinge auf ihren geistigen und körperlichen Zustand zu überprüfen forderte sie. Das ist bei Menschen, die aus Krisen und Kriegsgebieten kommen, sicher goldrichtig. Bisher wird ja Gesundheitsversorgung noch immer häufig zum Behörden-spießbrutenlauf, die Gesundheits-Chipkarte ist die Ausnahme. Wenn allerdings Gefahren, gar psychisch geschädigte Täter gebannt werden sollen, dann reicht es nicht einmal, nur noch unversehrte Flüchtlinge aufzunehmen, aus Wohlstandsregionen. Dann müsste Deutschland gänzlich geräumt werden.

UNTEN LINKS

Sollten Sie dieser Tage den Impuls verspüren, sich unverzüglich auf eine einsame Insel zurückzuziehen, so ist das nur verständlich. Zwar ist das Leben dort auch nicht so einfach – keine neuen Bücher, keine kühlen Cocktails, keine Fußbodenheizung. Doch überwiegen die Vorteile zweifellos. Also verwerfen Sie den Traum nicht gleich, denn die Insel mit dem Zeug zur Robinsonade liegt näher als sie denken. Zum Beispiel in der Ostsee: Am Sonntag strandete ein Fischer, dessen Boot wegen eines Motorschadens fahrunfähig war, auf dem unbewohnten Eiland Kieler Ort bei Rerik. Seine Rettung kam bereits nach einer Nacht statt nach 28 Jahren; drei Seenotrettungsboote, Feuerwehr und Polizei hatten nach ihm gesucht, ein Hubschrauber stand bereit. Vermutlich ist der 55-Jährige froh, wieder auf dem Festland zu sein. Sein Erlebnis ließ jedoch sogar die Nachrichtenagentur geradezu poetisch werden: »Er übernachtete am Strand, neben ihm hatte sich eine Robbe zum Schlafen niedergelegt.« rst

Anschlag in Ansbach

Junger Syrer zündete Sprengsatz vor Gastwirtschaft und verletzte 15 Menschen



Der Rucksack, in dem der Attentäter den Sprengsatz zum Tatort in Ansbach gebracht hatte

Foto: dpa/Daniel Karmann

Ansbach. Die Explosion nahe dem Eingang zu einem Musikfestival, die in der Nacht auf Montag in der fränkischen Stadt Ansbach 15 Menschen verletzte – vier davon schwer –, war offenbar ein terroristischer Anschlag. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte am Montagnachmittag auf einer Pressekonferenz, daran könne es nach bisherigem Ermittlungsstand keinerlei Zweifel geben.

Auf dem Mobiltelefon des bei der Explosion getöteten Täters hat sich demnach ein Video gefunden, in dem sich der aus Syrien stammende Mann zu Abu Bakr bekennt, dem Anführer der Terrorgruppe Islamischer Staat

(IS). Am Montagnachmittag verbreitete auch eine dem IS nahestehende Plattform, der Täter sei »Soldat« des IS gewesen.

Der 27-Jährige hatte laut Augenzeugenaussagen zunächst versucht, auf das Festivalgelände vorzudringen. Nachdem er daran gehindert worden war, explodierte die in seinem Rucksack befindliche Bombe in der Nähe einer Gaststätte. Der Täter war geduldeter Asylbewerber, stand aber vor der Abschiebung nach Bulgarien.

Als Reaktion denkt nun München über ein Verbot von Rucksäcken auf dem Oktoberfest nach. Nach dem dortigen Amoklauf vom Frei-

tag wurde zudem ein 16-Jähriger vernommen, der möglicherweise von den Tatplänen des Amokschützen wusste. Es gehe um den Vorwurf des Nichtanzeigens einer Straftat.

In Reutlingen tötete am Sonntagnachmittag ein 21-Jähriger, der in einer Flüchtlingsunterkunft untergebracht ist, mit einer Art Machete eine Frau, die im selben Imbiss arbeitete wie er selbst. Anschließend verletzte er auf der Flucht einige Unbeteiligte, bis er von einem Auto erfasst wurde und festgenommen werden konnte. Ermittler gehen von einer Beziehungstat aus. Der Täter war vorerst noch nicht vernehmungsfähig. dpa/nd Seite 5

Amnesty wirft Ankara Folter vor

Während in der Türkei die Massenfestnahmen weitergehen, werden Teile der Opposition hofiert

Nun treffen die »Säuberungen« in der Türkei auch Journalisten: 42 von ihnen sollen festgenommen werden. Auch in anderen Bereichen dauern die Massenfestnahmen an.

Istanbul. Bei den Massenfestnahmen nach dem Putschversuch in der Türkei gehen die Behörden nun auch gegen Journalisten vor. Die Istanbul Staatsanwaltschaft ordnete am Montag im Rahmen der Ermittlungen zum Putschversuch die Verhaftung von 42 Journalisten an, wie die staatliche Agentur Anadolu meldete. Darunter ist die prominente Regierungskritikerin Nazlı Ilıcak.

Die Nachrichtenagentur DHA berichtete, die Ermittlungen richteten sich gegen Medien aus dem Netzwerk des Predigers Fethullah Gülen. Die Regierung macht Gülen für den Putschversuch verantwortlich. Anadolu meldete, zunächst seien fünf der verdächtigsten Journalisten festgenom-

men worden. Ilıcaks Haus in Istanbul sei durchsucht worden. Nach Angaben von DHA wird nach ihr im Ferienort Bodrum gesucht. Präsident Recep Tayyip Erdogan hat angekündigt, den Staat von Gülen-Anhängern »säubern« zu wollen. Seit Donnerstag gilt landesweit ein 90-tägiger Ausnahmezustand, der Erdogan ermächtigt, weitgehend per Dekret zu regieren.

Auch in anderen Bereichen dauerten die Massenfestnahmen an. DHA meldete, bei Razzien in Istanbul seien 31 Akademiker inhaftiert worden, darunter mehrere Professoren. Anadolu berichtete, im Hauptquartier der türkischen Militärakademien in Istanbul seien 42 Soldaten festgenommen worden, auch hochrangige Militärs. Zudem seien drei Elite-Soldaten gefasst worden, die in der Putschnacht das Hotel Erdogans in Marmaris angegriffen hätten. Seit dem Putschversuch sind nach offiziellen Angaben

mehr als 13 000 Verdächtige festgenommen worden, knapp 6000 davon sitzen in Untersuchungshaft. Amnesty International erklärte, es gebe »glaubwürdige

Angesichts der Foltervorwürfe hat die Bundesregierung eine unabhängige Untersuchung vorgeschlagen.

Hinweise« auf Misshandlungen und sogar Folter von Gefangenen. Außenminister Mevlüt Cavusoglu kündigte an, er werde auch sein Ministerium »säubern«. Er sagte dem Sender Habertürk: »Auch auf der Botschafterebene wird es Suspendierungen geben.« Betroffen seien keine Botschafter im Ausland, sondern Diplomaten mit diesem Rang in Ankara.

Erdogan sucht unterdessen den Schulterschluss mit Teilen der parlamentarischen Opposition. Auf seine Einladung kamen Oppositionsführer Kemal Kilicdaroglu von der Mitte-Links-Partei CHP, Ministerpräsident und AKP-Chef Binali Yildirim sowie der Vorsitzende der ultrarechten MHP, Devlet Bahçeli, am Montag im Präsidentenpalast in Ankara zusammen. Keine Einladung erhielten die Vorsitzenden der kurdischen HDP, der drittgrößten Fraktion. Die HDP hatte den Putschversuch ebenfalls verurteilt. Sie hatte Erdogan aber vorgeworfen, den Putschversuch zu missbrauchen, um Gegner auszuschalten und demokratische Freiheiten einzuschränken.

Am Sonntagabend konnten sogar Zehntausende Menschen einem Aufruf der größten Oppositionspartei CHP folgen, um auf dem zentralen Taksim-Platz gegen den Putschversuch zu demonstrieren. Agenturen/nd Seite 9

US-Demokraten: Moskau ist schuld

E-Mail-Affäre lässt Vorsitzende von Clintons Partei stürzen

Philadelphia. Nach dem Rücktritt von Demokraten-Parteichefin Debbie Wasserman Schultz wegen einer E-Mail-Affäre haben die US-Demokraten Russland für die Veröffentlichung verantwortlich gemacht. »Es gibt Beweise, dass staatliche russische Täter in das Parteisystem eingebrochen sind, und es gibt Experten, die sagen, sie wollen mit der Veröffentlichung Donald Trump helfen«, sagte Hillary Clintons Wahlkampfmanager Robby Mook. Tatsächlich hatten sich Hacker auf die Parteicomputer geschaltet. Das Datenleck war im April entdeckt worden. Im Juni hatte Wasserman Schultz den Datenklau eingestanden. Die eingeschaltete Spezialfirma hatte schon damals Hacker im Auftrag der russischen Regierung verantwortlich gemacht.

In den E-Mails ging es unter anderem um die ablehnende Haltung der Parteiführung gegenüber Clintons hartnäckigem Rivale Bernie Sanders. Die Parteiführung hatte behauptet, dass lediglich Analysen gestohlen worden seien, die sich mit Donald Trump befassten. Agenturen/nd Seiten 4 und 7

Nahles: Rente mit 73 ist Irrglaube

Wirtschaftsinstitut warnt vor sinkender Rente und höherem Beitrag

Berlin. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hat Forderungen, das Renteneintrittsalter anzuheben, scharf zurückgewiesen. »Es ist ein Irrglaube, dass wir alle älter und fitter werden«, bekräftigte sie am Montag in Berlin ihren Standpunkt. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln plädiert angesichts neuer Zahlen der Deutschen Rentenversicherung für einen späteren Eintritt in die gesetzliche Rente. Nach Angaben der Rentenkasse beziehen die deutschen Ruhestandler so lange Rente wie nie zuvor, berichtete die »Bild«-Zeitung – Frauen 22,8 Jahre, Männer 18,78 Jahre (Bezugsdauer im Jahr 2015). 2005 erhielten Frauen im Durchschnitt noch 21,21 Jahre Rente, Männer 16,38 Jahre. Grund für die Entwicklung ist vor allem die steigende Lebenserwartung. Nur mit einem späteren Renteneinstieg werde verhindert, »dass die Rentenbeiträge steigen und das Rentenniveau weiter als geplant sinken muss«, sagte IW-Geschäftsführer Hubertus Bardt gegenüber »Bild«. epd/nd Kommentar Seite 4

Schwere Angriffe gegen Aleppo

Tote durch Bomben auf syrische Stadt / Krankenhäuser getroffen

Damaskus. Bei Angriffen in der syrischen Provinz Aleppo sind nach Informationen der Beobachtungsstelle für Menschenrechte am Montag 19 Menschen getötet worden. Die Stadt Atareb sei am Morgen von – vermutlich russischen – Kampfflotten angegriffen worden, erklärte die Beobachtungsstelle. Dabei seien zehn Zivilisten getötet worden. Weitere sechs getötete Zivilisten verzeichneten die Aktivisten im Ostteil der einstigen Wirtschaftsmetropole Aleppo, wo angeblich Streubomben abgeworfen wurden. Im Westteil Aleppos wurden nach Informationen der Beobachtungsstelle drei Zivilisten durch Angriffe getötet, die von den Hochburgen der Rebellen im Osten der Stadt ausgingen.

Zuvor waren bei Luftangriffen in Aleppo laut Ärzten vier Feldkrankenhäuser und eine Blutbank getroffen worden. Bei den Angriffen in der Nacht zum Sonntag kam ein Neugeborenes ums Leben, wie der Verband unabhängiger Mediziner mitteilte, der in der von Regierungstruppen belagerten Stadt Gesundheitseinrichtungen betreibt. AFP/nd

ISSN 0323-3375



4 198662 501709